

Viele Wege führen zum Wasser

TRANSPARENZ Vor elf Jahren wurden die Berliner Wasserbetriebe fast zur Hälfte an private Investoren verkauft. Die Verträge dieses Deals sind geheim. Drei Initiativen wollen das ändern – mit unterschiedlichen Vorgehensweisen

VON SVENJA BERGT

Heidi Kosche ist eine Frau mit langem Atem. Vor drei Jahren stellte die Grünen-Abgeordnete den Antrag, die geheimen Verträge über die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe einzusehen. Der Senat mauerte. Und mauerte. Und lehnte ab. Erst eine Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichts im Juli dieses Jahres gab ihr recht. „Eigentlich“, sagt sie, „möchte ich die Akten noch in dieser Legislaturperiode durcharbeiten.“ Die läuft aber nur noch bis September nächsten Jahres. Deshalb soll nun Schluss sein mit der Geduld.

1999 verkaufte die damals schwarz-rote Koalition die Berliner Wasserbetriebe zu 49,9 Prozent an RWE und Veolia. Der Verkauf entsprach dem Geist der damaligen Zeit: Es war in Mode anzunehmen, dass Private auch Aufgaben der Daseinsvorsorge wie die Wasserversorgung und -entsorgung besser lösen können als der Staat. Das Brisante: Über die geschlossenen Verträge wurde Stillschweigen vereinbart. Und daran halten sich alle Seiten bis heute. Weil selbst Abgeordnete über den Inhalt einzelner Akten schweigen müssen, die sie in der Vergangenheit in einem gesonderten Raum einsehen dürfen, ranken sich um Inhalt und Auswirkung der Verträge Gerüchte. Es geht um Verfügungsgewalt im kaufmännischen und technischen Bereich, um Laufzeiten, um Kündigungsfristen, um Eingriffe in das Haushaltsrecht des Abgeordnetenhauses.

Drei Initiativen versuchen daher, Licht ins Dunkel der Verträge zu bringen – die Abgeordnete



An seinem Spaß wird gut verdient. Wie gut genau, wüssten die Wasseraktivisten gerne. Foto: Wodikka/Bilderbox

Heidi Kosche ist eine von ihnen. Derzeit klagt sie in Sachen Wasserverträge schon zum zweiten Mal – weil die Verwaltung die insgesamt 180 Aktenordner zu langsam herausgibt. 15 stehen Kosche erst zur Verfügung. „Wenn sie in dem Tempo weitermachen, habe ich in drei Jahren alle Akten vorliegen“, sagt Kosche. Zu langsam für die geübte Aktenwälerin. An den ersten 15 Ordnern hat sie gerade einmal drei Stunden gesehen. „Die beziehen sich vorwiegend auf den Zeitraum vor der Privatisierung.“

Kosche kritisiert vor allem, dass ihr die tropfenweise Einsicht nicht weiterhilft: Sie will alles auf einmal sehen, querlesen können, an anderer Stelle nachschlagen, rote Fäden finden. Doch jetzt muss sie warten. Darauf, dass die Verwaltung den nächsten Aktenstapel freigibt oder dass das Verfassungsgericht eine Beschleunigung des Verfahrens verfügt. Wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist? Kosche seufzt. „Die Zeitfrage ist schwer zu beantworten.“ Ein Gerichtspräsidenter sagt, dass derzeit noch Fristen zu Stellungnahmen laufen – in diesem Jahr sei wohl nicht mehr mit einer Entscheidung zu rechnen.

Einige Kilometer weiter östlich von Kosches Abgeordnetenbüro sitzt Michael Efler, Vorstandssprecher des Vereins Mehr Demokratie. Der Verein

nutzt ein Instrument, das überhaupt erst aus dem Konflikt um die Offenlegung der Wasserverträge hervorgegangen ist: das Informationsfreiheitsgesetz. Es sieht in seiner neuen Fassung eine weitgehende Transparenz bei Verträgen rund um die Daseinsvorsorge vor. Bei älteren Verträgen haben die Vertragspartner das Recht nachzuverhandeln. Erst, wenn es keine Einigung gibt und das Informationsinteresse das private Geheimhaltungsinteresse erheblich überwiegt,

Kurz vor Schluss wird ein Erfolg des Unterschriftensammel-Marathons realistisch

wie es im Gesetz heißt, müssen die Verträge auch hier offengelegt werden.

Am 23. Juli trat die Novelle des Gesetzes in Kraft, gut zwei Monate später ging bei der Senatsverwaltung für Finanzen ein Fax ein. Mehr Demokratie stellte einen Antrag auf Veröffentlichung der Verträge über die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe.

Die Senatsverwaltung hat in ihrer Antwort an den Verein nun angegeben, bereits am 9. August die Vertragspartner angeschrieben zu haben – die prompt mitteilten, dass sie ihre „schutzwür-

digen Belange“, wie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, bei einer Veröffentlichung betroffen seien. Die Senatsverwaltung ist daher in Nachverhandlungen mit den Vertragspartnern. Dazu ist im Gesetz eine Frist von sechs Monaten vorgesehen. Im Anschluss daran kann noch der Datenschutzbeauftragte Stellung nehmen, erst dann findet eine „abschließende Erwägung“ der Verwaltung über die Veröffentlichung statt. „Aufgrund des oben beschriebenen Verfahrens ist mit einer Veröffentlichung nicht vor dem 2. Quartal 2011 zu rechnen“, heißt es am Ende.

„Wir brauchen daher weiterhin das Volksbegehren als Druckmittel für die Verhandlungen“, sagt Efler. Und dann sagt er einen Satz, den Heidi Kosche fast wortgleich so formuliert hat: „Ich glaube nicht, dass wir uns gegenseitig den Wind aus den Segeln nehmen.“

So sieht es auch Thomas Rudek, Sprecher des Wassertischs. Die Initiative sammelt seit Juni Unterschriften, um mit einem Volksentscheid die Offenlegung der Verträge zu erzwingen. Doch für die Aktivisten vom Wassertisch ist die Offenlegung der Dokumente nur ein Zwischenschritt. Nach einem erfolgreichen Volksentscheid wollen sie die Verträge juristisch überprüfen lassen – und dann wohl klagen. So sollen die Wasserbetriebe

eines Tages wieder komplett Berlin gehören.

Am Wassertisch zeigt sich, wie eng die Initiativen tatsächlich verwoben sind. Die Abgeordnete Heidi Kosche ist Vertrauensperson des Wassertischs, und wenn sie „wir“ sagt, meint sie manchmal „wir Grüne“ und manchmal „wir vom Wassertisch“. „Wir haben ein paar Joker im Ärmel“, sagt sie zum Beispiel über das Volksbegehren – das zunächst schleppend anließ. 172.000 gültige Unterschriften müssen am 27. Oktober vorliegen, und alle wissen, dass es knapp wird. Mit den Jokern meint Kosche vor allem eine breite Unterstützung. „Wir haben den Überblick verloren, wer alles sammelt.“ Wenn alles klappt, komme kurz vor Schluss noch eine Welle Unterschriften aus allen möglichen Ecken. Von Bioläden, aus Stadtteilinitiativen, vom Spätkauf um die Ecke.

„Vor kurzem wollte ich meine Uhr reparieren lassen, und der Juwelier hat mich gleich gebeten, ihm ein paar Unterschriftenlisten dazulassen“, erzählt Kosche. Auch Straßensammler berichten, dass es mittlerweile besser läuft: Die Leute seien informierter als bei der ersten Stufe des Volksbegehrens, gingen teilweise direkt auf die Stände zu und wollten unterschreiben. Manche nehmen stapelweise leere Listen mit und bringen sie Tage oder Wochen später mit mehreren hundert Unterschriften zurück. Langsam, kurz vor Schluss, wird ein Erfolg des viermonatigen Sammelmarathons realistisch.

Das Volksbegehren bezeichnen Kosche, Efler und Rudek unionso als wirksamstes Instrument. „Bei Nachverhandlungen würde ein erfolgreiches Volksbegehren viel Druck von außen geben“, sagt Efler. Denn ein erfolgreiches Volksbegehren führt zum Volksentscheid. Der könnte im Frühjahr stattfinden. Dann würden die Vertragsparteien mit einem Volksentscheid im Nacken verhandeln – der sie unabhängig von ihren Verhandlungen zur Offenlegung der Vereinbarungen zwingen könnte.

Ein Problem bliebe bei dem Erfolg einer oder mehrerer Initiativen: Wie man 180 Aktenordner mit insgesamt rund 90.000 Seiten sinnvoll veröffentlichen soll, da ist auch ohne Efler nicht ganz sicher. Aber noch haben alle Beteiligten ein paar Monate Zeit, darüber nachzudenken.

Wowereits Blackout

WASSERBETRIEBE Der Bürgermeister war im Jahr 1999 ein Verfechter der Privatisierung

So genau mag Klaus Wowereit sich offenbar nicht mehr daran erinnern, wie er im Jahr 1999 zur teilweisen Privatisierung der Wasserbetriebe stand. Vorgangene Woche sagte der Regierende Bürgermeister, er habe im Abgeordnetenhaus dagegen „wohl nicht protestiert“. Tatsächlich hatte Wowereit, damals Haushaltspolitiker der SPD-Fraktion, den Verkauf von 49,9 Prozent der Anteile an die Konzerne RWE und Veolia offensiv befürwortet.

Damals regierte die SPD in einer Koalition mit der CDU unter Eberhard Diepgen. PDS und Grüne befürchteten steigende Preise, Personalabbau und überzogene Gewinnabführungen an die Konzerne. Wowereit hielt im Haushaltsausschuss dagegen. Dies dokumentiert das Protokoll vom 30. März 1999, das die Redebeiträge der Abgeordneten in indirekter Rede wiedergibt. Wowereit sagte demzufolge, „die Argumentationen der Oppositionsfraktionen enthielten nichts Neues; diese wünschten offenbar, dass alles beim Alten bleibe“. Wowereit führte damals aus, das nach dem Gesetzentwurf vorgesehene Holding-Modell sei „nicht am Profitstreben des einzelnen Investors orientiert, sondern eine ausgewogene und sehr komplizierte Konstruktion, um die verschiedenen Interessen zu bündeln und auch künftig den Einfluss des Landes Berlin auf die Berliner Wasserbetriebe zu erhalten“.

Schön abgewiegelt

Was die Wasserpreise angeht, versuchte Wowereit die Kritiker mit einem Beschluss des Abgeordnetenhauses zu beruhigen. Dieser Beschluss „verweise auf Bemühungen, durch die Unternehmenspolitik eine Senkung des Wasserpreises zu erreichen; dies sei dann aber entsprechend der Wirtschaftslage der Berliner Wasserbetriebe zu entscheiden.“

Bei der Abstimmung am 29. April 1999 stimmten immerhin fünf SPD-Abgeordnete gegen das Teilprivatisierungsgesetz. Wowereit hingegen votierte mit Ja. Den Konzernen wurde bei dem Verkauf eine garantierte Rendite auf das betriebsnotwendige Kapital zugesichert. Der Wasserpreis stieg seither um 24 Prozent, zusätzlich wurde noch ein neuer Grundpreis eingeführt. **S. HEISER**

WASSER-BEGEHREN

Es wird ganz knapp

■ 172.000 Bürger müssen unterschreiben, damit ein Volksbegehren in Berlin Erfolg hat und einen Volksentscheid erzwingt. Die Aktivisten des Wassertischs haben bislang 155.000 Unterschriften bei der Landeswahlleiterin zur Überprüfung abgegeben.

■ Davon ist in der Regel ein einseitiger Prozentsatz ungenügend – weil die Liste falsch ausgefüllt ist, der Unterscheidende nicht in Berlin wohnt oder mehrmals unterschrieben hat. Mittlerweile sorgen sich die Organisatoren, dass die Listen nicht pünktlich abgegeben werden. Sie rufen dazu auf, sie schon am 26. Oktober einzureichen. Abgabeschluss bei den Bürgerämtern ist nämlich am darauffolgenden Tag um 13 Uhr.

Berliner üben Schwabenstreich

PROTEST Sie sind nicht viele, aber sie sind laut. Mit Trillerpfeifen und Kochtöpfen demonstrieren Berliner Stuttgart-21-Gegner am Potsdamer Platz. Für sie steht fest: Sie gehen auf die Straße, bis das Projekt fällt

Das Grüppchen Demonstranten am Potsdamer Platz verschwindet fast zwischen den Hochhäusern. Rund 50 Menschen haben sich mit Transparenten und Trillerpfeifen vor dem Bahn-Tower versammelt, um ihre Solidarität mit den Demonstrierenden gegen den Bahnhofsneubau in Stuttgart zu zeigen. „Montagsdemonstration“ nennen die Stuttgart-21-Gegner ihre Aktionen, mit denen sie seit Mitte August auch in Berlin gegen das umstrittene Großprojekt in Stuttgart demonstrieren.

Gegen das Vorhaben, den dortigen Bahnhof unter die Erde zu verlegen, gibt es seit mehreren

Monaten breite Proteste in der baden-württembergischen Landeshauptstadt. Die Berliner Aktivisten beschränken sich dabei nicht auf einen Protesttag in der Woche: Für alle, die montags keine Zeit haben, gibt es am Mittwoch eine weitere Gelegenheit zum Demonstrieren.

Kurz vor sieben treffen immer mehr Protestler am Potsdamer Platz ein. Man kennt sich, herzliches Händeschütteln. Der brutale Polizeieinsatz in Stuttgart hat sie bewegt. Um den Stuttgarter Bahnhof allein geht es hier schon lange nicht mehr. Es geht um Demokratie, um Politiker, die sich vom Volk entfremden.

Ein Ehepaar aus Ostberlin, Mitte 50, war bei den Montagsdemos in der DDR vor über 20 Jahren dabei. „Dafür sind wir damals nicht auf die Straße gegangen, dass es dann wieder so undemokratisch zugeht“, erklärt die Frau. „So brutal wie in Stuttgart war nicht mal die Volkspolizei bei den Protesten zur Wende.“

Polizisten beobachten das Geschehen aus ihrem Einsatzwagen. „Am Anfang waren es vier Wagen“, sagt einer der Organisatoren. Es waren allerdings auch schon mal mehr Demonstranten: 300 Menschen gingen noch Anfang Oktober am Montagabend auf die Straße. Mittlerwei-

le scheint sich die Zahl bei mehreren Dutzend zu stabilisieren. „Wir protestieren so lange, bis es einen Baustopp gibt“, sagt Sebastian Greß aus Stuttgart, der beruflich in Berlin zu tun hat.

Eine Schwäbin, die schon seit längerem in Berlin arbeitet, möchte ihren Namen nicht verraten. Stuttgart 21 habe ihr Vertrauen in die Demokratie erschüttert. Sie will gehört haben, dass bei anderen Demonstranten plötzlich das LKA vor der Tür stand, nachdem diese ein Interview gegeben hatten. „Ich bin wütend, wie mit mir als Bürgerin umgegangen wird“, sagt sie. „Ich habe lange Zeit in Stuttgart ge-

wohnt und gar nicht mitbekommen, was da gebaut werden soll. Es wurde nie richtig publik gemacht.“

Die bunte Truppe auf dem Potsdamer Platz beweist widerrendessen Improvisations-

„Wir protestieren so lange, bis es einen Baustopp gibt“

EIN DEMONSTRANT

talent. Eine Demonstrantin hat ihr Transparent an eine alte Radio-Antenne gebastelt, eine andere verwendet dafür einen Kochlöffel. Ein junger Mann hat auch einen Kochlöffel dabei, um auf einen Topf zu hämmern. Trillerpfeifen haben sie fast alle mit und manche haben die Vuuvu-

zels wieder entdeckt. Als der Schwabenstreich beginnt, geben sie alles, tröten und hämmern, so laut sie können, überörtönen den Straßenlärm, nun drehen sich auch ein paar Touristen um. Eine Minute lang gibt es Krach, dann rufen die Demonstranten: „Oben bleiben, oben bleiben!“ Damit wollen sie ihrer Forderung, den überirdischen Bahnhof zu erhalten, Nachdruck verleihen.

Auf die Touristen, die den Platz hauptsächlich bevölkern, will der Funke nicht überspringen. Vielleicht liegt es auch daran, dass das Transparent mit dem durchgestrichenen Ortschild etwas klein gerahmt ist, so groß wie ein Badehandtuch. „Schwabenstreich“ hat übrigens zwei Bedeutungen: So kann er für eine heldenhafte Tat stehen, aber auch für eine alberne und törichte Handlung. **MARTIN RANK**